

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

90 Rp.

AKTUELL

Regierungsrat Dr. Ritter an Finanzministertreffen



Wirtschaftsminister Dr. Michael Ritter und sein irischer Amtskollege Quinn beim Treffen in Luxemburg.

(paf) - Gestern Montag fand in Luxemburg ein gemeinsames Treffen der Finanz- und Wirtschaftsminister der EFTA-Staaten und der Europäischen Union statt. Liechtenstein war durch Regierungsrat Dr. Michael Ritter, begleitet von Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, vertreten. Neben der gesamtwirtschaftlichen Lage in Europa stand vor allem die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt der Gespräche. Die Minister stimmten darin überein, dass eine erfolgreiche Beschäftigungsstrategie unter anderem ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum auf der Grundlage von gesunden Staatsfinanzen verlangt sowie eine Lohnentwicklung, die auf das Produktivitätswachstum abgestimmt ist. Ausgehend von der in Liechtenstein generell günstigen Situation mit tiefer Arbeitslosigkeit und einem ausgeglichenen Staatshaushalt wies Regierungsrat Dr. Ritter auf die Notwendigkeit hin, dem Bereich der Erziehung und Berufsbildung noch stärkere Aufmerksamkeit zu schenken.

Kantonale Billettsteuer weiterhin zulässig

Die Kantone können auch nach der Einführung der Mehrwertsteuer eine Billettsteuer für Vergnügungsveranstaltungen erheben. Das Bundesgericht sieht darin keinen Verstoß gegen die Bundesverfassung, obschon der Mehrwertsteuer-Artikel festhält, dass die Kantone keine gleichartige Steuer erheben dürfen.

Die Lausanner Richter mussten sich mit der Frage befassen, weil sich ein Genfer Dancing mit einer staatsrechtlichen Beschwerde gegen die Unterstellung unter die Genfer Armensteuerpflicht gewehrt hatte. Es handelt sich dabei um eine Art Billettsteuer, die zur Folge hat, dass das Vergnügungsort zusammen mit der Mehrwertsteuer 19,5 Prozent auf den Umsätzen an den Fiskus abliefern muss.

Gespräch über ökonomische Instrumente im Umweltbereich

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel traf sich mit Vertretern der Umweltorganisationen und der Wirtschaft zu einem «Runden Tisch»

(G.M.) - Der Einsatz ökonomischer Instrumente im Umweltbereich stand im Mittelpunkt eines Gesprächs, das Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel als Umweltminister gestern mit Vertretern der liechtensteinischen Wirtschaft und der Umweltorganisationen führte. Der «runde Tisch» soll nach der Ausarbeitung verschiedener Varianten möglicher Anwendungen weitergeführt werden.

Ökonomische Instrumente nutzen die Kräfte des Marktes, um die Umweltqualität zu verbessern und den Umweltverbrauch zu reduzieren. Sie schaffen nach Auskunft von Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel für diejenigen einen finanziellen Anreiz, die sich umweltfreundlicher verhalten wollen.

Am Gespräch nahmen Peter Frick und Willi Frommelt von der Industrie- und Handelskammer, Josef Biedermann von der Botanisch-Zoologischen Gesellschaft, Regula Imhof von der Gesellschaft für Umweltschutz, Alice Fehr vom Arbeitnehmerverband, Gregor Ott von der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, Philipp Schädler vom Bankenverband und Werner Steiner von der Ingenieur- und Architektenvereinigung teil.

Die Teilnehmer diskutierten über die Ziele der Umweltpolitik und über die Frage, in welchen Bereichen ökonomi-



Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel traf sich mit Vertretern der Umweltorganisationen und der Wirtschaft zu einem Gespräch über ökonomische Instrumente im Umweltbereich. (Bild: vito)

sche Instrumente zum Einsatz gelangen könnten, ohne Mehrereinnahmen für den Staat, mit sozialer Verträglichkeit, mit

langfristiger Berechenbarkeit. Die Diskussion zeigte nach Auskunft von Thomas Büchel die Schwierigkeiten auf, die

für einen Kleinstaat bei der Einführung ökonomischer Instrumente im Umweltbereich entstehen können.

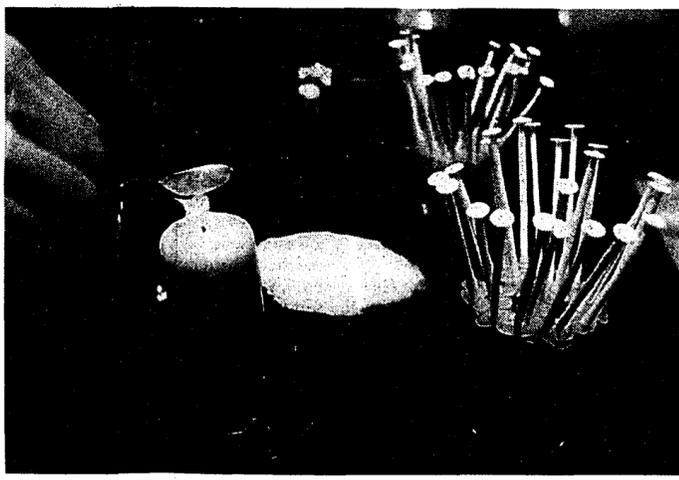
88 Jugendliche wurden wegen Drogenkonsums angezeigt

Drogenkonsum von Haschisch und Marihuana bis zu Ecstasy und Kokain - Schwerpunkt mässig Schaan und Vaduz - Anzeige an Staatsanwalt

(G.M.) - Wer glaubte, das Fürstentum Liechtenstein sei eine Insel mit wenig Drogenkonsum, wird eines anderen belehrt. Die Landespolizei teilte gestern mit, dass insgesamt 88 Jugendliche wegen Drogenkonsums bei der Staatsanwaltschaft angezeigt wurden. Die Jugendlichen im Alter von 13 bis 20 Jahren hatten vornehmlich Haschisch und Marihuana konsumiert, aber auch Ecstasy und Kokain.

Von den 88 Jugendlichen sind 44 Schüler und 36 Lehrlinge. Rund ein Drittel konsumierte nach Angaben der Polizei regelmässig mehr als ein Jahr. Diese Gruppe wird als suchtgefährdet eingestuft. Die anderen zwei Drittel sind nach Polizeiermittlungen ehemalige Konsumenten oder stehen am Anfang des regelmässigen Konsums illegaler Drogen.

Nach Angaben des Drogenbeauftragten der Landespolizei, Horst Marxer, sind erste Ermittlungen bereits anfangs 1996 durchgeführt worden. An den weiterführenden Schulen im Raum Vaduz habe sich ein Kern von Drogenkonsumenten gebildet. Im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen ist auch eine grössere Menge Cannabis sichergestellt worden. Die Jugendlichen haben sich nach



Die Landespolizei hat 88 Jugendliche im Alter von 13 bis 20 Jahren zur Anzeige wegen Drogenkonsums gebracht. (Bild: key)

Angaben der Polizei mehrheitlich in der Nachbarschaft mit den Drogen eingedeckt.

Bei den 88 Jugendlichen handelt es

sich nach Auskunft von Horst Marxer nicht um eine kompakte Gruppe, sondern aus einer Anzahl Schüler und Lehrlinge, die zum grossen Teil in Schaan und

Vaduz wohnen, einzelne auch in anderen Gemeinden. Die Polizei hat die Ermittlungen abgeschlossen und die Jugendlichen bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. Voraussichtlich werden die jungen Delinquenten dem Jugendrichter vorgeführt.

Ein ähnlicher Fall ereignete sich bereits 1991, als eine Gruppe von rund hundert Jugendlichen zur Anzeige gebracht wurde. Das damalige gerichtliche Vorgehen hat nach Polizeiangaben rund vier Jahre angehalten, doch sei die abschreckende Wirkung langsam zu Ende gegangen. Im Jahre 1995 sind 29 Personen wegen Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz zur Anzeige gebracht worden. Nach Angaben der Polizei ist der Anteil der männlichen Jugendlichen, die zu illegalen Drogen greifen, bedeutend höher als die Zahl der Mädchen.

Nach dem kürzlich veröffentlichten Jugendbericht der Regierung hat ein erheblicher Teil der liechtensteinischen Jugend bereits Erfahrungen mit Drogen gemacht. Das Alter der Drogenkonsumenten fällt nach den Erhebungen der letzten Jahre immer weiter nach unten, die jugendlichen Delinquenten werden immer jünger.

Neue EU-Vorschläge für Personenverkehr

In Bern eingetroffen - EU spricht sich für abgestuftes Vorgehen aus - Genaue Prüfung vor Stellungnahme

Bern (AP) Die neuen Vorschläge der EU für die Regelung des Personenverkehrs zwischen Schweiz und den EU-Mitgliedstaaten sind am Montag in Bern eingetroffen. Der EU-Vorschlag beinhaltet längerfristig die Aufhebung der Ausländerkontingente; die Schweiz hat einen solchen Automatismus bisher stets abgelehnt.

Die am Freitag von der EU formell verabschiedeten Vorschläge würden nun genau geprüft, erst dann werde Bern Stellung nehmen, sagte ein Sprecher des Integrationsbüros. Nach dem, was bisher bekannt geworden ist, sehen die Vorschläge aus Brüssel eine abgestufte Öffnung der Schweizer Grenzen für EU-Bürger vor. Die beiden ersten Phasen des EU-Plans entsprechen grundsätzlich dem vom Bundesrat im Juli verabschie-

deten erweiterten Verhandlungsangebot. Danach würde in einer ersten Phase die bereits in der Schweiz lebenden EU-Bürger den Schweizer auf dem Arbeitsmarkt gleichgestellt. In einer zweiten Phase sollen die Kontingente für EU-Bürger neu festgelegt und allenfalls erhöht werden; am Prinzip der Ausländerkontingentierung könnte die Schweiz aber weiterhin festhalten.

Erst in der dritten Etappe, wahrscheinlich etwa ab dem Jahr 2004, müsste die Schweiz die Einwanderungsbegrenzung gegenüber EU-Bürgern ganz aufheben, wobei die Schweiz aber einseitig eine Art Notbremse auslösen könnte. Diese Schutzklausel könnte angerufen werden, wenn dies die Verhältnisse auf dem Schweizer Arbeitsmarkt nötig machen würden.

Die Schweiz hat es bisher immer abgelehnt, sich schon in den laufenden bilateralen Verhandlungen auf eine Aufhebung der Ausländerkontingentierung verpflichten zu lassen. Der Schweizer Verhandlungsführer, Staatssekretär Jakob Kellenberger, hatte zuletzt Mitte September beim Besuch des für den Binnemarkt zuständigen EU-Kommissars Mario Monti, darauf hingewiesen, dass ein Automatismus zur Aufhebung der Einwanderungsbegrenzung nicht in Frage komme. Das Schweizer Verhandlungsangebot sieht zurzeit lediglich vor, fünf Jahre nach Vertragsabschluss mit der EU Verhandlungen über die Aufhebung der Ausländerkontingentierung aufzunehmen. EU-Kommissar Monti hatte bei seinem Besuch in Bern durchblicken lassen, dass die EU dieses Angebot als ungenügend erachtet.

EU-Finanzminister beraten

Luxemburg (AP) Die Finanzminister der Europäischen Union sind am Montag in Luxemburg zu einer Ratssitzung zusammengekommen, in deren Mittelpunkt die Finanzierung der Transeuropäischen Netze (TEN) sowie eine neue Garantieregelung für die Kredite der Europäischen Investitionsbank an Drittländer stand. Es wurde erwartet, dass der Ministerrat kein neues Geld für die TEN bewilligen werde, wie EU-Kommissionspräsident Jacques Santer gefordert hatte. Santer erhoffte sich davon eine positive Wirkung auf dem europäischen Arbeitsmarkt.

Bei der Garantieregelung für die EIB-Kredite geht es darum, mit einer Herabsetzung der Garantiehöhe das Kreditvolumen zu erhöhen.

la tavola
1. Stock, über Metzgeri Opelt Schaan
15.-19. Oktober 1996
Clair's Pizokel-Woche
mit original Bündnerbrötli aus Brünsto
Öffnungszeiten:
10.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Samstag/Montag geschlossen
Tel. 075/237 51 51